

Dienstag 19. Mai 2015

Nummer 671

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Für eine neue Nachbarschaftspolitik

Autoren: Michel Foucher, Gilles Lepasant



Im Vorfeld des Rigaer Gipfels zur Östlichen Partnerschaft veröffentlicht die Stiftung eine Studie von Michel Foucher und Gilles Lepasant. Die Autoren argumentieren dabei, dass der unter Anderem durch die arabischen Revolten und die neue russische Innen- und Außenpolitik in Fluss geratene geopolitische Kontext die Statik der Europäischen Nachbarschaftspolitik grundlegend verändert. Selbst wenn dies zu einem großen Teil die derzeitigen Schwierigkeiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu erklären vermag, so darf dieser neue Kontext doch nicht über die

grundlegenden Erfolge und Schwächen der Politik hinwegtäuschen. Die Autoren hinterfragen deshalb die Richtigkeit des ihr zugrunde liegenden geographischen Postulats, nach dem alle Anrainerstaaten der EU, alleine weil sie aneinandergrenzen, denselben Rahmen zu be- und dieselben Ziele zu verfolgen haben.

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Wiedergeburt/EU - Schuman-Report **Finanzkrise** : EBWE - Spanien
Kommission : Migration - Europäisches Semester - Wissenschaft - Mexiko - Türkei -
Luftfahrt **Parlament** : Preis/Karl **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen -
Landwirtschaft/Fischerei - Auswärtige Angelegenheiten - Eurogruppe - Bildung -
Sahel/Niger **Diplomatie** : Migration - Mittelmeer **Gerichtshof** : Preis **Europäische
Investitionsbank** : Ukraine **Deutschland** : Ukraine - G7/Energie - G7/Jugend
Zypern : Verhandlungen **Spanien** : Familie **Frankreich** : Ukraine **Griechenland** : IWF -
Piräus **Polen** : Debatte/TV - Volksabstimmung **Portugal** : Reformen
Großbritannien : Regierung **Mazedonien** : Politische Krise **Ukraine** : BIP
Eurostat : Wirtschaftswachstum - Asyl - Geburtenziffer **Berichte /
Studien** : Mitteleuropa - Griechenland **Kultur** : Biennale/Venedig - Ausstellung/Aix-
en-Provence - Kunst/London - Ausstellung/Mailand - Ausstellung/Grenoble

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Kolloquium "Die Wiedergeburt Europas"



Ein Abschlusskolloquium des Seminars "Erinnerungen, Identitäten und Vorstellungswelten der europäischen Völker" des Collège des Bernardins wird am 21. Mai in Paris stattfinden. Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert-Schuman-Stiftung, die unter Anderem als Partnerin der Veranstaltung fungiert, wird zum Thema "Die Entfaltung eines Schutzraumes für die menschliche Hoffnung: Braucht es ein Europa der Verteidigung?" referieren... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichung der 2015er-Ausgabe des Schuman-Reports über die Lage der Union

Die neunte Ausgabe des Schuman-Reports über die Lage der Union ist kürzlich erschienen und ermöglicht es ihren Lesern, künftige Herausforderungen für die EU besser zu verstehen, so etwa in Bezug auf



die Stärkung der Eurozone, Wachstum, Arbeit und Investitionen, die Energieunion, Migration, Tourismus, die europäische Verteidigung, Sicherheitsfragen im Osten und Süden der Union sowie den Zustand der transatlantischen Beziehungen. Hochrangige Persönlichkeiten wie Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, und anerkannte Experten bereichern den Report mit ihren Analysen. Der Schuman-Report über die Lage der Union ist im Buchhandel, auf der Webseite der Stiftung und als digitale Version erhältlich. Bestellen Sie ihn!... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

EBWE bereit für mehr Investitionen in Osteuropa



Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) hat sich am 15. Mai bereit erklärt mehr Investitionen in denjenigen osteuropäischen Ländern zu finanzieren, die von der Rezession in Russland negativ betroffen sind. Russland selbst bleibt hingegen aufgrund der Ukraine-Krise von dem Programm ausgeschlossen. "Wir haben das Potenzial unser Investitionsniveau auf einen höheren Stand als derzeit zu heben und wir werden von dieser Möglichkeit dort Gebrauch machen, wo die Bedürfnisse reell und die Reformen wahrhaftig sind", gab der Präsident der EBWE Suma Chakrabarti während einer Pressekonferenz bei der Generalversammlung der Institution in Tbilissi zu Protokoll... [Fortsetzung](#)

Besserung der Erwerbstätigenquote in Spanien



Der Präsident der spanischen Regierung gab am 13. Mai während einer Parlamentssitzung bekannt, dass die Erwerbstätigenquote laut der jüngsten Sozialversicherungszahlen aus dem letzten Monat um 9,2% insgesamt, sowie bei jüngeren Arbeitnehmern um 4,7%, gestiegen ist. Demnach haben im Verlauf des Jahres 2014 440.000 Spanier eine Arbeitsstelle gefunden. Im Jahr 2015 soll diese Zahl auf 600.000 steigen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Europäische Agenda für Migration



Um der Flüchtlingssituation im Mittelmeer zu begegnen stellte die Kommission am 13. Mai ihre Agenda für Migration vor, die sowohl unmittelbar umzusetzende als auch längerfristige Maßnahmen beinhaltet. Auf kurze Sicht soll einerseits das Frontex-Budget für die Operationen Triton und Poseidon verdreifacht, andererseits ein zunächst zeitlich befristeter Mechanismus zur Verteilung und Neuansiedlung von 20.000 Migranten in allen EU-Mitgliedsländern eingeführt werden. Des Weiteren beabsichtigt die Kommission die Lancierung einer Operation zur Zerschlagung von Schleusernetzen. Auf lange Sicht sieht die Kommission vier Schwerpunkte für eine bessere Migrationssteuerung in der EU vor, nämlich die Reduzierung von Anreizen für irreguläre Migration, die Verbesserung des Grenzmanagements in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, eine wirkungsvolle europäische Asylpolitik sowie eine neue Politik für legale Migration... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Länderempfehlungen von der Kommission angenommen



Im Rahmen des Europäischen Semesters hat die Kommission am 13. Mai ihre Empfehlungen für 26 Länder der EU (ohne Griechenland und Zypern) und für die Eurozone im Gesamten angenommen. Die Kommission hat dem Rat dabei empfohlen, die Defizitverfahren gegen Malta und Polen einzustellen und dem Vereinten Königreich eine Frist von zwei Jahren zu gewähren, um seine Neuverschuldung unter 3% des Bruttoinlandsprodukts zu drücken. Innerhalb der nächsten zwei Wochen wird das Komitee für Wirtschaft und Finanzen darüber entscheiden, ob ein Defizitverfahren gegen Finnland eingeleitet wird. Frankreich wiederum, das sich derzeit in einem solchen Verfahren befindet, wurde bis zum 10. Juni Zeit gegeben, um auf der Basis der Ratsempfehlungen vom März wirksame Maßnahmen zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

Ein Rat der sieben Weisen wird die Kommission in Wissenschaftsfragen beraten

Ein Rat der sieben Weisen wird damit beauftragt, die Kommission in Wissenschaftsfragen zu beraten. In einem Politikfeld, in dem der Kommission immer wieder Parteilichkeit vorgeworfen wurde, sollen so



"Unabhängigkeit und Transparenz" sichergestellt werden, wie die Brüsseler Exekutive am 13. Mai mitteilte. Die hochrangige Gruppe soll bis zum Herbst zusammentreten können, so Wissenschaftskommissar Carlos Moedas. Exzellenz stelle das einzige Kriterium dar, das das Auswahlkomitee bei der Berufung der sieben Weisen zur Anwendung bringen soll, so der Kommissar weiter. Für ihre Arbeit wird den Experten eine Aufwandsentschädigung zukommen, sie werden jedoch nicht von der Kommission angestellt... [Fortsetzung](#)

Verbesserung des Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko in Aussicht



Die Europäische Kommission, durch einen Vertreter der Handelskommissarin Cecilia Malmström, und Mexiko, durch einen Vertreter des Wirtschaftsstaatssekretärs Ildefonso Guajardo Villarreal, haben am 11. Mai ihre gemeinsame Absicht bekanntgegeben, das bestehende Handelsabkommen zwischen beiden Parteien zu verbessern. So soll das Abkommen zwischen der EU und Mexiko näher an den Standard des Abkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) herangeführt werden. Die EU und Mexiko sind seit dem Jahr 2000 über ein Freihandelsabkommen verbunden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Modernisierung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei



Die Europäische Kommission, vertreten durch eine Vermittlerin von Handelskommissarin Cecilia Malmström, und die Türkei, vertreten durch ihren Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci, sind über eine Modernisierung ihrer Zollunion übereingekommen. Dem Treffen, das den offiziellen Auftakt der Diskussionen zu einem Modernisierungsabkommen markiert, ging ein sich über ein Jahr ziehender technischer Dialog voraus. Beide Parteien können von nun an die internen Prozesse zur Verabschiedung eines Verhandlungsmandats anstoßen. Die Türkei ist der sechstgrößte Handelspartner der Europäischen Union, während die Europäische Union erste Handelspartnerin der Türkei ist. Die Zollunion zwischen der EU und der Türkei wurde im Jahr 1996 vereinbart... [Fortsetzung](#)

Verpflichtung dreier Fluggesellschaften zu wettbewerbsfreundlichen Praktiken



Die Kommission akzeptierte am 12. Mai die Verpflichtungsangebote der Fluggesellschaften Air France/KLM, Alitalia und Delta auf drei transatlantischen Verbindungen. Die Fluggesellschaften gehören der Luftfahrtallianz SkyTeam an. Die Kommission hatte befürchtet, dass der Zusammenschluss der drei Gesellschaften den Wettbewerb auf den Strecken Amsterdam-New York, Rom-New York und für Premiumpassagiere auch auf der Strecke Paris-New York beeinträchtigen könnte. Die Kommission hat geprüft, ob die von den Luftfahrtgesellschaften angebotenen Verpflichtungserklärungen die Zugangsmöglichkeiten zum Markt bzw. die Expansionschancen von Wettbewerbern auf den drei Verbindungen beeinträchtigen und hat sich nun dazu entschieden, bestimmte Verpflichtungen für eine Dauer von zehn Jahren einzufordern: die Fluggesellschaften werden demnach ihren Wettbewerbern Zeitnischen für Start und Landung an den entsprechenden Flughäfen zur Verfügung stellen, sie werden Vereinbarungen schließen damit Konkurrenten Tickets für SkyAlliance-Flüge anbieten können, und sie werden fortwährend Daten zu ihrer Zusammenarbeit übermitteln... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Martin Schulz erhält den Karlspreis 2015



Der 57. Karlspreis wurde am 14. Mai an Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, verliehen, um seinen fortwährenden Einsatz für die Stärkung des europäischen Parlamentarismus und für die demokratische Legitimierung der Europäischen Union zu würdigen. Der Jugend-Karlspreis 2015, mit dem Projekte ausgezeichnet werden, die sich in besonderer Weise um die Stärkung eines Identitätsgefühls und der europäischen Integration unter jungen Europäern verdient machen, ging an "@RealTime WW1". Das luxemburgische Projekt erzählt auf Twitter vom Leben während des 1. Weltkriegs und von Europäern dies- und jenseits der Fronten, die auf dieselbe Art und Weise lebten, schrieben und beteten – "nur in unterschiedlichen Sprachen". Der zweite Preis ging an das französische Projekt "Fronterras – European (border)line", das Berichte zum Leben an und Anekdoten zu Reisen über Grenzen hinweg sammelt und neu ordnet... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für Wirtschaft und Finanzen



Die 28 Finanzminister der EU kamen am 12. Mai in Brüssel zusammen und verabschiedeten Schlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen der makroökonomischen Ungleichgewichte in den Mitgliedstaaten. Sie unterstrichen bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit der Durchführung von Strukturreformen und nahmen die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters in Augenschein. Des Weiteren beschäftigten sie sich mit Prognosen zu den Kosten alternder europäischer Gesellschaften zwischen 2013 und 2060. Sie betonten, dass die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Entwicklung, insbesondere durch Reformen der Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme, minimiert werden müssten. Schließlich erörterten die 28 Minister die bislang erzielten Fortschritte in Bezug auf den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und betonten erneut ihre Absicht, die ersten Investitionen aus dem EFSI planmäßig Mitte 2015 tätigen zu können... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Schlussfolgerungen des Rates für Landwirtschaft und Fischerei



Die 28 Minister für Landwirtschaft und Fischerei machten am 11. Mai deutliche Fortschritte bei der Neuordnung der biologischen Landwirtschaft. Der Vorschlag für eine Verordnung sieht insbesondere die Beseitigung von Produktionshindernissen, die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbsumfelds zwischen den Akteuren des Sektors sowie die Stärkung des Vertrauens der europäischen Verbraucher in biologische Produkte vor. Die erzielten Fortschritte lassen darauf schließen, dass im Juni eine Übereinkunft im Rat erzielt werden könnte. Des Weiteren beschlossen die Minister Schlussfolgerungen zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die beschlossenen Punkte sind das Produkt eines Konsultationsverfahrens, das die Ratspräsidentschaft seit Beginn des Jahres mit den Mitgliedstaaten durchgeführt hatte. Außerdem konnten die versammelten Minister die Verordnung über die Anlande Verpflichtung in der Fischerei beschließen, die klare Ziele zur schrittweisen Abschaffung von Rückwürfen bei Fischereitätigkeiten in der EU formuliert... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten



Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten Am 18. Mai ist der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel zusammengetreten. Die Minister haben dabei ebenso den versuchten Staatsstreich wie auch die gewalttätigen Ausschreitungen und Umsturzversuche in Burundi verurteilt. Des Weiteren hat der Rat eine Seeoperation im Mittelmeer etabliert, die der Zerschlagung von Schleusernetzwerken dienen soll. Die Mission trägt die Bezeichnung EUNAVFOR Med und ist Teil der Gesamtstrategie der Europäischen Union zur Migrationsproblematik im Mittelmeer. Außerdem standen noch die 43. Zusammenkunft des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums (bei dem sich die Mitglieder des EWR zum Erfolg des auf die westeuropäischen Länder ausgeweiteten Binnenmarktes gratulierten) sowie die 12. Sitzung des EU-Usbekistan-Kooperationsrats im Fokus des Treffens... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Keine Fortschritte mit Griechenland in der Eurogruppe



Die 19 Finanzminister der Eurozone sind am 11. Mai in Brüssel zusammengetreten. Erneut stand der Fall Griechenland im Zentrum der Gespräche, die Minister sind jedoch nicht zu einer konkreten Übereinkunft gelangt: die Eurogruppe "lobt" demnach "die bislang gemachten Fortschritte", stellt gleichzeitig aber fest, dass "noch mehr Zeit notwendig sein wird, um die Lücken bei fortbestehenden Fragen zu schließen". Die Minister haben sich des Weiteren mit dem Fall Irland beschäftigt: der Präsident der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem hat dem Land zu seinen ausgezeichneten Wirtschaftszahlen im Jahr 2014 gratuliert (4,8% Wachstum, 4,1% Rückgang der Verschuldung). Außerdem haben sich die Minister, ausgehend von den Wachstumsprognosen für das Frühjahr 2015, über Fragen der wirtschaftlichen Koordinierung abgestimmt. Die Inflation und den Euro-Wechselkurs betreffende Fragen wurden behandelt, um die wirtschaftliche Leistung und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Schlussfolgerungen des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Schlussfolgerungen des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport Die 28 Minister für Bildung, Jugend, Kultur und Sport sind am 18. Mai in Brüssel zusammengekommen und widmeten sich der Überprüfung



der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Ausbildung. Das Programm „Bildung und Ausbildung 2020“ soll den Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme behilflich sein. Die Minister haben dabei insbesondere die Rolle der Erwerbstätigkeit als entscheidendem Faktor bei der sozialen Integration, der persönlichen Selbstverwirklichung und aktiven bürgerlichen Teilhabe junger Menschen betont. Außerdem haben sie an die wichtige Rolle der Bildungsarbeit bei der Prävention von Radikalisierungstendenzen und der Förderung europäischer Werte erinnert. Der Rat hat am 19. Mai des Weiteren die Entscheidung getroffen, die für die europäische Jugendbeschäftigungsinitiative bereitgestellten Mittel um fast eine Mrd. Euro im Jahr 2015 aufzustocken, um die Staaten von finanziellen Kosten zu entlasten, die die Umsetzung von Maßnahmen zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt behindern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verstärkung der Mission "EUCAP Sahel Niger"



Der Rat hat sich am 13. Mai dazu entschlossen die Mission "EUCAP Sahel Niger" zu verstärken, um, im Verbund mit der Migrationsstrategie der Kommission, wirksamer gegen Migrationsnetzwerke vorgehen zu können. Der eigentliche Zweck dieser zivilen Mission der Europäischen Union ist es die Kapazitäten der Sicherheitskräfte im Niger zu stärken, um Terrorismus und organisierter Kriminalität besser entgegentreten zu können. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik hat insbesondere verdeutlicht, dass "90% der ostafrikanischen Migranten Niger durchqueren", bevor sie nach Libyen weiterreisen. Der Rat hat sich deshalb dazu entschlossen, die Mission im Hinblick auf dieses Problem zu verstärken und einen Außenposten in Agadez einzurichten, das im Zentrum des Landes liegt und einen der Fixpunkte vieler Migrationsrouten darstellt... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Mogherini vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen



Die Hohe Vertreterin der EU und Zuständige für die europäische Diplomatie, Federica Mogherini, wandte sich am 11. Mai an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Sie forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Europäische Union bei ihren Bestrebungen "Menschenleben zu retten" mit dem Mandat zu einer Militäroperation im Mittelmeer zu stützen. "Unsere Priorität ist es Menschenleben zu retten und weitere menschliche Verluste im Meer zu verhindern", plädierte sie an den Rat. Sie präsentierte dabei einen Plan, mit dem die EU die Vielzahl an Bootsunglücken im Mittelmeer, bei denen seit Jahresbeginn 1800 Tote zu verzeichnen waren, eindämmen will. Sie erbat dabei insbesondere die Unterstützung des Rats bei einer "potenziellen Seeoperation" gegen die Schleuserbanden, die Tausende Migranten dazu zwingen ihr Leben auf der Überfahrt von Libyen nach Europa zu riskieren...

[Fortsetzung](#)

Die Union für das Mittelmeer ruft zum Schutz von Migranten auf



Die Parlamentspräsidenten der Union für das Mittelmeer (UfM) riefen am 11. Mai im Rahmen eines Gipfels in Lissabon ihre Staats- und Regierungschefs sowie die Europäische Union dazu auf, die "humanitären Kanäle" für Migranten zu stärken. In einer Erklärung plädierten sie für eine Aufstockung der Kontingente für "humanitäre Visa" sowie für eine "verstärkte Operation der EU zur Seenotrettung im Mittelmeer". "Die rasche und in würdevollen Bedingungen vonstattengehende Rückkehr von Migranten, die nicht legal in jenen Ländern leben können, in denen sie sich derzeit aufhalten" sei ebenso notwendig, ergänzten die Parlamentspräsidenten...

[Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Verleihung des 50. Theodor-Heuss-Preises an den Europäischen Gerichtshof



Im Beisein des deutschen Bundespräsidenten Joachick Gauck wurde dem Gerichtshof der Europäischen Union am 16. Mai in Stuttgart der Theodor-Heuss-Preis verliehen. Der Preis, der jährlich von der gleichnamigen Stiftung vergeben wird, soll Personen und Institutionen würdigen, die sich in besonderer Weise um gesellschaftliches Engagement, Zivilcourage und die Stärkung der Demokratie verdient gemacht haben. Zu ihrem 50. Jubiläum war die Preisverleihung unter dem Motto

"Europa: Zukunft einer Hoffnung" gestanden. Dabei wurde der Europäische Gerichtshof für seine Verdienste um die Förderung der europäischen Bürgerrechte und seine Rolle als Hüter der Einheit der Europäischen Union geehrt. Deshalb, so die Laudatoren, "genieße der Gerichtshof großes Vertrauen und stärke mit seiner Rechtsprechung die Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung"..
[Fortsetzung](#)

Europäische Investitionsbank :

Der ukrainische Präsident unterzeichnet Gesetz zur Ratifizierung der Finanzierungsvereinbarung mit der EIB



Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am 12. Mai das Gesetz über die "Ratifizierung der Finanzierungsvereinbarung zwischen der Ukraine und der Europäischen Investitionsbank (EIB)" im Rahmen des "Notfallkreditprogramms zur Stärkung der Ukraine" unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht unter Anderem die Gewährung eines Kredits in Höhe von 200 Mio. Euro zur Durchführung einer Reihe von Maßnahmen während im Zeitraum von 2015 bis 2020 vor, mit denen der geopolitischen Destabilisierung der Ukraine durch den Konflikt im Osten des Landes entgegengewirkt werden soll. Der Kredit wird in Tranchen von 15 bis 40 Mio. Euro ausgezahlt und für die Wiederherstellung der Infrastruktur im Osten eingesetzt. Das Finanzierungsabkommen war am 22. Dezember 2014 vom ukrainischen Premierminister Arsenij Jazenjuk und dem Vizepräsidenten der EIB László Baranyay unterzeichnet worden... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Angela Merkel trifft Petro Poroschenko



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel empfing am 13. Mai den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Berlin. Sie prangerte dabei die fortwährenden Verletzungen des am 12. Februar im Rahmen des Minsker Abkommens ausgehandelten Waffenstillstands in der Ost-Ukraine an. "Auf der Grundlage der Minsker Abmachungen vom Februar müssen wir feststellen, dass wir noch nicht da sind, wo wir hinwollen. Wir haben noch keine vollständige Waffenruhe", erklärte Merkel... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der G7-Energieminister



Die Energieminister der G7 haben am Rande eines Treffens am 12. Mai in Hamburg eine bislang unveröffentlichte Übereinkunft im Kampf gegen den Klimawandel erzielen können. Dies kann als gutes Vorzeichen für die Ende des Jahres anstehende Klimakonferenz in Paris (COP21) gewertet werden. Deutschland, das den Kampf gegen die Erderwärmung ins Zentrum seiner G7-Präsidentschaft stellt, hat seine Partner dazu angehalten, im Rahmen des G7-Gipfels am 7. und 8. Juni im bayerischen Schloss Elmau ambitionierte Klimaziele zu formulieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Die jungen G7 präsentieren Angela Merkel ihre Ideen



54 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aus 19 verschiedenen Ländern sind am 11. Mai in Berlin im Rahmen der "Jungen G7" zusammengekommen, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit UNICEF organisiert wurden. Die Jugendlichen erhalten so die Gelegenheit sich über die Kernpunkte des G7-Gipfels im Juni zu beraten und ihre Vorschläge Bundeskanzlerin Angela Merkel zu unterbreiten. Ihr Hauptaugenmerk legen sie dabei auf die Notwendigkeit zur Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels, auf das Gebot der Verbesserung sozialer Gerechtigkeit und auf den Bildungszugang für Mädchen... [Fortsetzung](#)

Zypern :

Wiederaufnahme der Friedensgespräche in Zypern



Der zypriotische Präsident, Nicos Anastasiades, und der "Präsident" des Nordteils der Insel, Mustafa Akinci, sind am 15. Mai erstmals zusammengetreten, um die Friedensgespräche zur Wiedervereinigung Zyperns neu aufzunehmen. Das Treffen wurde unterstützt von den Vereinten Nationen und ihrem Sondergesandten Espen Barth Eide. Die beiden Politiker konnten dabei den Prozess zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Vision eines föderalen aber vereinten Zyperns neu beleben. So werden nunmehr zwei Mal pro Monat neue Verhandlungen anberaumt. Das nächste Treffen findet am 28. Mai statt... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Spanien beschließt Plan zur Unterstützung von Familien für die Jahre 2015 bis 2017



Die spanische Regierung hat am 14. Mai einen Plan zur Unterstützung von Familien für die Jahre 2015 bis 2017 beschlossen. Der Plan umfasst 225 Maßnahmen im Wert von ca 5,4 Mrd. Euro. Das Ziel des Programmes ist der Schutz von Familien sowie insbesondere die Stärkung von Müttern durch die Anhebung von Renten und Pensionen für Frauen mit mehr als zwei Kindern. Diese Maßnahme soll negative Folgen der Mutterschaft, etwa die im Vergleich zu Männern niedrigeren Löhne und Renten, abfedern helfen. So soll der Plan der Regierung die Gleichheit der Geschlechter und die Etablierung eines effizienten und nachhaltigen Rentensystems befördern. Laut der Schätzungen der Regierung wird ihr Plan während der nächsten Jahre eine stetig steigende Anzahl an Frauen betreffen, von 123.500 Begünstigten in 2016 bis 455.00 in 2019... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

François Hollande empfängt den ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk



Der französische Präsident François Hollande empfing am 13. Mai den ukrainischen Premierminister Arsenij Jazenjuk im Elysee-Palast. Die beiden Politiker sprachen dabei von der derzeitigen Lage in der Ostukraine und die fortdauernden Verletzungen des am 12. Februar im Rahmen des Minsk II-Abkommens vereinbarten Waffenstillstands. Nach dem Gespräch traf Jazenjuk auf französische Wirtschaftsvertreter und besuchte die OECD... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Griechenland hat Schwierigkeiten bei der Rückzahlung eines IWF-Kredits



In einem Schreiben vom 8. Mai an die Generaldirektorin des IWF Christine Lagard, den Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi machte Alexis Tsipras seine Entscheidung zur Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 750 Mrd. Euro an den IWF für den Fall rückgängig, dass keine bisher eingefrorenen Kredite an das Land freigegeben würden. Die Rückzahlung der Kreditrate würde demnach aus einem Notfallfonds der Griechischen Zentralbank getätigt, da das Land aufgrund der ausstehenden Einigung mit seinen Kreditgebern über nur noch sehr begrenzte liquide Mittel verfüge. Die Verhandlungen mit EU und IWF stocken derzeit aufgrund der Weigerung des Premiers die Pensionen zu kürzen und den Arbeitsmarkt zu liberalisieren... [Fortsetzung](#)

Griechenland gibt den Hafen von Piräus zum Verkauf frei



Griechenland hat am 14. Mai den von der Vorgängerregierung angestoßenen Privatisierungsprozess des Hafens von Piräus wiederaufgenommen. Die Privatisierung des Hafens stellt eine der Schlüsselfragen in den derzeitigen Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Kreditgebern dar. Die griechische Regierung informierte die verbliebenen Interessenten nun, dass der zum Verkauf stehende Anteil am Hafen demnach von 67 auf 51 Prozent sinkt. Die griechische Regierung hat die drei Kandidaten nun dazu aufgefordert, bis September bindende Angebote zum Erwerb seiner Mehrheitsanteile zu unterbreiten. Insbesondere mit dem chinesischen Investor Cosco scheinen die Verhandlungen weit fortgeschritten zu sein... [Fortsetzung](#)

Polen :

TV-Duell zwischen Andrzej Duda und Bronisław Komorowski



Während des ersten TV-Duells gegen seinen Kontrahenten und Sieger der ersten Wahlrunde Andrzej Duda (PiS) hat der polnische Präsident Bronisław Komorowski (PO) seine Bilanz nach fünf Jahren im Amt, die von Stabilität und Kontinuität geprägt gewesen sei, deutlich kämpferischer als bislang verteidigt. Sieben Tage vor dem entscheidenden Wahlgang setzte sich Duda als Repräsentant eines politischen Wandels in Szene und wiederholte seine Wahlversprechen, die viele seiner Kritiker für nur schwer realisierbar halten. "Ich bin ein unabhängiger Mann, ich habe keinen Vorgesetzten", erklärte Komorowski in deutlicher Anspielung auf den unangefochtenen Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (PiS) Jarosław Kaczyński, der die Kandidatur Dudas initiiert hatte. Laut einer am 15. Mai vom

Meinungsforschungsintitut Millward Brown veröffentlichten Umfrage beabsichtigen 44% der Polen ihre Stimme Duda zu geben. 40% tendieren zu Komorowski, während sich 16% noch unentschlossen zeigen. Ein zweites TV-Duell zwischen den beiden Kandidaten wird am 21. Mai stattfinden... [Fortsetzung](#)

Der polnische Präsident möchte das Wahlsystem reformieren



Der polnische Präsident Bronisław Komorowski gab bekannt, dass er seinem Volk eine Dreifach-Volksabstimmung vorlegen wird. In erster Linie beabsichtigt er das derzeitige Zwei-Runden-Mehrheitswahlsystem durch ein Modell nach britischem Vorbild mit nur noch einer Wahlrunde abzulösen. Des Weiteren plant er ein Verbot der staatlichen Parteienfinanzierung und eine Reform der Steuergesetzgebung. Um eine Volksabstimmung in Polen zu beantragen reicht der Präsident seine Reformvorschläge beim Senat ein, dem dann 14 Tage zur Prüfung und zu weiteren Anfragen verbleiben. Daraufhin kann der Senat mit absoluter Mehrheit mindestens einer Hälfte der Senatoren das beantragte Referendum per Resolution veranlassen. Die Volksabstimmung selbst muss sodann innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach Annahme der Senatsresolution abgehalten werden. Ein Referendum wiederum besitzt nur dann bindende Wirkung, wenn mindestens die Hälfte aller Abstimmungsberechtigten zur Urne geht...

[Fortsetzung](#)

Portugal :

Ende des portugiesischen Reformprogramms



Das portugiesische Reformprogramm neigt sich nach vier Jahren struktureller Reformen seinem Ende zu. Drei große Ziele sollten im Rahmen des Programms erreicht werden. Dazu zählen die Steigerung des Wirtschaftswachstums, die Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, die stärkere Öffnung des Landes zum Weltmarkt und die Vertiefung der europäischen Integration. Nach Ansicht der portugiesischen Regierung stellen die während des Programms erforderlich gewordenen Reformen ein Fundament für anstehende Anpassungen dar... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Liste der britischen Regierungsmitglieder komplett



David Cameron, am 8.Mai erneut an die Spitze der Regierung des Vereinten Königreichs gewählt, präsentierte am 14. Mai die komplette Liste der Mitglieder seines an zahlreichen Stellen unveränderten Kabinetts: dies trifft insbesondere auf George Osborne zu, der für die Finanzen zuständig bleibt, auf Philip Hammond, der im Amt des Außenministers verbleibt, und auf Michael Fallon, der für die Verteidigung verantwortlich zeichnet. Der eindeutige Sieg erlaubt Cameron künftig ohne die Liberaldemokraten zu regieren, weshalb einige Posten im Kabinett an die Tories zurückgegangen sind: Sajid Javid, früher Kulturminister, kümmert sich nun um die Unternehmen und Amber Rudd ersetzt Ed Davey als Energieministerin. Insgesamt gehören dem Kabinett 30 Personen, darunter 10 Frauen, an... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mazedonien :

Zusammenkunft von Machthaber und Opposition in Mazedonien



Wenige Tage nach den tödlichen Ausschreitungen im Norden des Landes haben Opposition und Staatsgewalt im Rahmen einer Zusammenkunft zur Lösung der politischen Krise in Skopje am 14. Mai ihre "Unterstützung für die Werte der Demokratie" bekundet. Das Treffen, an dem der Premierminister und Vorsitzende der konservativen Regierungspartei (VMRO-DPNE) Nikola Gruevski, sein Unterstützer in der Regierung und Vorsitzende der größten Partei der albanischen Minderheit in Mazedonien (DUI) Ali Ahmeti, der Vorsitzende der größten linken Oppositionspartei (SDSM) Zoran Zaev und der Vorsitzende der größten albanischen Oppositionspartei Menduh Thaçi teilnahmen, fand im Beisein des amerikanischen Botschafter Jess Bailey und des Chefs der EU-Mission Avio Orav statt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Starker Einbruch des ukrainischen BIP im ersten Trimester 2015

Von dem seit mehr als einem Jahr andauernden Krieg im industriellen Osten des Landes schwer gezeichnet, ist das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im ersten Trimester 2015 um 17,6% im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Dies gab das staatliche Statistikbüro am 15. Mai



bekannt. Im Vergleich zum Vortrimester ist das BIP damit um 6,5% geschrumpft. Die Weltbank hatte im April bereits geschätzt, dass das BIP des 45 Mio. Einwohner zählenden Landes in diesem Jahr um insgesamt 7,5% zurückgehen wird. Ein solcher Rückgang fiel stärker aus als der im Vorjahr verzeichnete und der von der ukrainischen Regierung für das laufende Jahr vorgesehene... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Anstieg des BIP in Eurozone und Europäischer Union im 1. Trimester 2015



Eurostat, das statistische Büro der EU, veröffentlichte am 13. Mai eine Schätzung zum Wirtschaftswachstum in EU und Eurozone während des ersten Trimesters 2015. Im Vergleich zum vorherigen Trimester stieg das BIP demnach um 0,4% in Eurozone und EU, im Vergleich zum Vorjahrestrimester um 1% in der Eurozone und 1,4% in der EU... [Fortsetzung](#)

Die Europäische Union gewährte im Jahr 2014 185.000 Flüchtlingen Asyl



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewährten im Jahr 2014 insgesamt 185.000 Personen Asyl, darunter 70.000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Wie Eurostat am 12. Mai bekanntgab, sind die Lasten zwischen den Mitgliedsländern jedoch sehr ungleich verteilt.

Sechs Mitgliedstaaten haben das Gros der Asylbewerber aufgenommen: Deutschland (47.555), Schweden (33.025), Frankreich (20.640), Italien (20.630), Großbritannien (14.065) und die Niederlande (13.250). Die von anderen EU-Mitgliedstaaten aufgenommenen Flüchtlingszahlen variieren hingegen zwischen 20 für Estland und 8.515 für Belgien... [Fortsetzung](#)

Frauen in der EU gebären mit durchschnittlich fast 29 Jahren ihr erstes Kind



Laut einer von Eurostat am 13. Mai veröffentlichten Studie gebar im Jahr 2013 eine Mehrheit der Frauen (51,2%) in der Europäischen Union ihr erstes Kind im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, während 40,6% der Frauen ihr erstes Kind während ihrer Dreißiger bekamen.

Außerdem wurden mehr als 127.000 Erstgeborene von Frauen unter 20 geboren und circa 65.500 von Müttern im Alter von mindestens 40 Jahren. Im Durchschnitt waren Frauen in der EU im Jahr 2013 demnach zum Zeitpunkt der Geburt ihres ersten Kindes 28,7 Jahre alt... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

IWF-Bericht zu wirtschaftlichen Herausforderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa



Am 11. Mai veröffentlichte der IWF einen Bericht zu den regionalen wirtschaftlichen Herausforderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Laut der Studie sind während der kommenden Jahren drei verschiedene

Entwicklungspfade in der Region zu erwarten, mit einer Wachstumserwartung von 2,6% in 2015 und 3,6% in 2016 im Baltikum und im östlichen Mitteleuropa, von 1,8% und 2,4% in den Ländern Südosteuropas und von -5% in der Ukraine. Investitionen anzuziehen und Investoren zu mobilisieren stellt in allen Ländern die vorrangige wirtschaftliche Herausforderung dar. Im Mittelpunkt sollten jedoch auch eine Weiterentwicklung der makroökonomischen Steuerungspolitiken zur Stützung der Binnennachfrage sowie die Durchführung umfangreicher struktureller und institutioneller Reformen zur Reduktion des Schuldenstands stehen... [Fortsetzung](#)

Präsentation eines Maßnahmenpakets der Hellenischen Unternehmensvereinigung



Die Hellenische Unternehmensvereinigung hat im Rahmen einer Generalversammlung, bei der auch Premierminister Alexis Tsipras und Finanzminister Yanis Varoufakis zugegen waren, ein Paket mit 82 Maßnahmen zur Rückkehr zum Wirtschaftswachstum in Griechenland präsentiert. Das Papier, das den Namen "Zusammen für Wachstum"

trägt, betont, dass die Zugehörigkeit Griechenlands zur Eurozone ein "nicht verhandelbarer sozialer Vertrag" sei. Darüber hinaus deckt der Vorschlag eine große Bandbreite von Maßnahmen und Politikfeldern wie die Steuergesetzgebung, den Zugang zu Krediten, die Energiepolitik, die Justiz, die Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft, Zulassungsbestimmungen sowie die Regulierung der Märkte ab... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Die Biennale von Venedig



Die 56. Internationale Kunstausstellung in Venedig trägt in diesem Jahr den Titel "All the World's Futures" und öffnet bis zum 22. November 2015 ihre Pforten für die Öffentlichkeit. 136 Künstler aus 53 Ländern werden im Rahmen der offiziellen Ausstellung ihre Werke präsentieren und nicht weniger als 44 von Okwui Enwezor, dem Direktor und Kommissar der diesjährigen Ausstellung, genehmigte Off-Events werden die Palais, Kirchen und langen Kanäle der Lagunenstadt säumen... [Fortsetzung](#)

Canaletto: Triumph des Lichts



Das "Hôtel de Caumont", das Kunstzentrum der Stadt Aix-en-Provence, beherbergt bis zum 13. September 2015 die Ausstellung "Canaletto. Rom, London, Venedig. Triumph des Lichts". Die Ausstellung wirft einen frischen Blick auf das Werk des venezianischen Meisters und erörtert im Besonderen seinen Umgang mit der Wirkung des Lichts. Mehr als fünfzig Gemälde und Zeichnungen aus öffentlichen und privaten internationalen Sammlungen veranschaulichen die verschiedenen Phasen seines Schaffens, von Rom über London bis Florenz... [Fortsetzung](#)

Kunstmesse "Art15" in London



Zum dritten Mal wird vom 21. bis 23. Mai in London die Kunstmesse "Art15" stattfinden. Mehr als 150 Galerien sind vor Ort, sowohl aus London und dem Vereinigten Königreich als auch aus 40 anderen Ländern aus aller Welt. Zeitgenössische Künstler und die großen Meister der Moderne werden im Mittelpunkt stehen. Außerdem bieten Experten des Kunstauktionshauses Sotheby's Führungen zu den wichtigsten Sammlungen afrikanischer, asiatischer und orientalischer Kunst sowie zeitgenössischen Werken fotografischer und digitaler Kunst an. Auch die kulinarische Kunst erfährt im Rahmen der diesjährigen Messe eine besondere Würdigung... [Fortsetzung](#)

"Der Vorrang der Zeichnung" als Ausstellung im Brera



Die Pinacoteca di Brera beherbergt bis zum 19. Juli 2015 die Ausstellung "Der Vorrang der Zeichnung", die die Zeichnungen großer Meister mit Gemälden der Pinakothek in Verbindung setzt. Die Ausstellung setzt es sich zum Ziel, das Zeichnen als "Seele" des Malens zu begreifen und zeigt dazu Kunstwerke beider Gattungen aus dem 19. sowie 20. Jahrhundert. Wertvolle Zeichnungen großer Künstler werden darin ihren Gemälden eng gegenübergestellt. Bei den ausgestellten Werken handelt es sich um die Meisterwerke des Brera selbst, aber auch um aufwändige Leihgaben internationaler Museen wie des Louvre und des Metropolitan Museums... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Von Picasso bis Warhol"



Das Museum der Stadt Grenoble wird bis zum 31. August 2015 eine Ausstellung mit dem Titel "Von Picasso bis Warhol: die Anschaffungen eines Jahrzehnts" beherbergen. Die Ausstellung stellt 150 derjenigen Werke vor, die das Museum während der letzten zehn Jahre ankaufte oder als Spende erhielt. Sie soll die Koordinaten der Sammlung vermessen helfen und die engen Verbindungen näher erschließen, die sich zwischen dem Museum und verschiedenen Künstlern im Rahmen zahlreicher Sonderausstellungen entwickelt haben... [Fortsetzung](#)

Agenda :



18. Mai
Brüssel
Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung)



18. und 19. Mai
Brüssel
Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport



18. bis 21. Mai
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



19. Mai
Brüssel
Rat für Allgemeine Angelegenheiten



21. und 22. Mai
Riga
Gipfel zur Östlichen Partnerschaft



24. Mai
Präsidentenwahl in Polen (2. Wahlgang)



26. Mai
Brüssel
Rat für Auswärtige Angelegenheiten

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella, Matthias Touillon

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)